

IRAK

Dramatische Zunahme von zivilen Opfern

MOSSUL (GFP.com). Neue Berichte mehrerer Nichtregierungsorganisationen bestätigen die dramatische Zunahme ziviler Todesopfer durch Luftangriffe der Anti-IS-Koalition auf Mossul und Raqqa. Wie Amnesty International in einem Report schrieb, sei in den vergangenen Monaten eine „schockierende“ Zunahme der Bombardierung unbeteiligter zu verzeichnen gewesen; „Hunderte zivile Todesopfer“ seien zu beklagen. Der NGO Airwars liegen – noch nicht komplett überprüfte – Berichte über deutlich mehr als 1.200 zivile Todesopfer in den vergangenen zwei Monaten vor. Der Direktor der Organisation äußert, die aktuellen „Rohdaten“ seien „vergleichbar mit der Zahl der Opfer durch russische Aktionen“ in Aleppo. In ihren Häusern sind die Einwohner der Stadt, denen von der Flucht abgeraten wurde, den Bombardements wehrlos ausgeliefert. Laut Zeugenberichten genügt zuweilen offenbar die Anwesenheit von einem oder zwei IS-Milizionären auf dem Dach eines Hauses, um einen Bombenangriff auszulösen – mit für die Bewohner tödlichen Folgen.

JEMEN

Mineneinsatz durch Teherans Stellvertreter

KAIRO (Agenturen). Wie die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch mitteilte, sollen die mit dem Iran verbündeten Houthi-Rebellen bei ihren Kämpfen Antipersonenminen eingesetzt haben. Demnach seien laut HRW-Angaben seit 2015 schätzungsweise 1.000 Menschen durch die verpönten Waffen verletzt worden. In mindestens sechs jemenitischen Provinzen sollen Milizen umfassend Minen gelegt haben. Das sei umso gravierender, da der mit den Houthi verbündete Expräsident Saleh während seiner Amtszeit ein Verbot dieser Waffen verfügt habe. Beide Seiten in dem blutigen Stellvertreterkrieg, bei dem Zehntausende ums Leben kamen und Hunderttausende Kinder von akutem Hunger betroffen sind, sollen nach unabhängigen Angaben Kriegsverbrechen begangen haben.

LIBYEN

Kairo-Regime gibt Einmischung zu

BERLIN (Eurasianews). Kairo bildet Milizen in Libyen gegen die international anerkannte Regierung in Tripoli aus. Ende März verteidigte der Generalsekretär Chaled el-Bakly des Nationalen Sicherheitsrates die militärische Einmischung als „Wahrung von Sicherheit und Stabilität“. Eurasia News sprach mit dem Libyen-Analyst Dzsihad Hadelli, der das „ägyptische Ausbildungsprogramm“ als aktive und aggressive Einmischungspolitik in die inneren Angelegenheiten Libyens versteht. „Ägypten bildet hier nicht libysche Militäreinheiten aus, sondern unterstützt gezielt eine Kriegspartei in einem Bürgerkriegsland, die der ägyptischen Regierung ideologisch in die Karten spielt. Dazu kommt, dass Khalifa Haftar wenige Monate nach dem Putsch in Ägypten selbst versuchte, nach ägyptischem Vorbild die libysche Übergangsregierung im Jahr 2014 zu putschen.“

ÖSTERREICH

Vor allem Frauen stehen im Fokus von Angriffen

WIEN (IZ). Nach Angaben des österreichischen Fernsehens (ORF) richtet sich die übergroße Mehrheit antimuslimischer Angriffe in der Alpenrepublik gegen Frauen und Mädchen. Das gehe aus dem erstmals veröffentlichten Report über antimuslimischen Rassismus hervor. Die dokumentierten Übergriffe reichen von simpler Anmache, über Hassreden bis hin zu körperlichen Übergriffen.



Foto: pathos.com

Krimtataren stehen vor schweren, individuellen und gemeinschaftlichen Entscheidungen: Familie siedelt nach Annektion der Krim in die westukrainische Stadt Lwiv um.

Krimtataren am Scheideweg

Welche Form wird der Islam auf der besetzten Krim annehmen?

Von Mykhailo Yakubovych

Das Schicksal der muslimischen Gemeinschaft auf der besetzten Krim ist ein schwieriges, schmerzhaftes Thema. Das gilt insbesondere für viele, die sich zwischen ethnischer Solidarität und persönlichen politischen Vorlieben zerrissen fühlen. Es ist auch ein Graben zwischen denen, die das neue Regime auf der Halbinsel akzeptiert haben, und jenen, die sie in Richtung Festland oder noch weiter weg verließen. Und dies schließt noch nicht einmal ihre aktive Führung mit ein.

Oft erreichen die Diskussionen heute ihren Siedepunkt, wenn es um weltanschauliche Fragen geht. Das ist ein relativ neuer Trend unter den überwiegend liberalen und säkularen Krimtataren. So verglich der frühere Mufti der Spirituellen Verwaltung der Muslime auf der Krim (die heute DUMKiS heißt) die Organisation der Blockade der Energieversorgung von 2016 mit „Mekkanischen Götzennanbetern“. Ihrerseits beschuldigten die Blockadeaktivisten im letzten Jahr den Mufti der „Abweichung vom Islam“. Einige versuchen sogar, die Bemühung für eine Rückkehr der Krim zur Ukraine als „Dschihad“ zu klassifizieren.

Um die Lage zu begreifen, müssen wir den Hintergrund der Krimtataren in Betracht ziehen. Ende der 1990er Jahre, mit mehrern Hundert Moscheen und einer zentralisierten muslimischen Organisation, die auf einem postsowjetischen Modell beruhte, tauchten neue muslimische Bewegungen auf. Neben der „traditionellen“ religiösen Sichtweise, die viele krimtatarische Traditionen mit einbezog, erzeugten diese neuen Bewegungen, bisher nicht in der Region bekannt, einen Gegensatz zur moderaten Mehrheitsmeinung.

Der Streit behandelte weniger doktrinaire Differenzen, sondern Unterschiede in der Praxis. Zu den Gegenmodellen der muslimischen Selbstorganisation in der Region entstanden Gruppierungen, die der Hizb At-Tahrir sowie verschiedenen salafistischen Strömungen entstammten.

Die zentrale muslimische Organisation der muslimischen Krimtataren (DUM) war eng mit dem Mejlis verbunden. Sie setzte sich mit den neuen Bewegungen auf der Halbinsel auseinander und betrachtete sich als die legitime Einrichtung zur Verteidigung des spirituellen Lebens der rund 300.000 Krimtataren. Die einzigen Organisationen, mit denen die DUM normale Beziehungen unterhielt, waren die islamischen Kulturzentren Al-raid und die Spirituelle Verwaltung der Muslime der Ukraine; mit ihrem Zentrum in Kiew. Alraid konnte zehn Moscheen auf der Krim bauen.

Das Jahr 2014 leitete eine neue Ära in der modernen Geschichte krimtatarischer Muslime ein. Der Führer der DUM, Emirali Ablayev, stand auf Seiten von Euromaidan (in Kiew). In Folge stand Ablayev vor einer sehr schwierigen Entscheidung. Ab März 2015 wurde die Krim von verschiedenen Delegationen besucht; insbesondere vom Russischen

KRIMTATAREN

Paradoxe Lage

Die Entwicklung auf der besetzten Halbinsel Krim und auf dem ukrainischen Festland hat nach der Annektion durch Moskau gegenteilige Trends angenommen. Die muslimischen Krimtataren wurden in religiöser Hinsicht einer straffen Zentralisierung nach russischen Vorgaben unterzogen, während Muslime in der Ukraine unter Defragmentierung leiden könnten.

Rat der Muftis unter Ravil Gainutdinov. Offenkundig hatte Moskau entschieden, seinen loyalen Muslimen komme die Aufgabe zu, eine Zusammenarbeit mit der DUM-Führung zu bewerkstelligen.

Und so wurde die DUM in DUMKiS umbenannt und als Verwaltung nach russischem Recht erneut eingetragen. Schnell begann eine enge Kooperation mit Regionen der Föderation. Die Besatzungsregierung begann, auf der Krim ihr russisches Standardmodell eines „Staats-Islam“ nachzubauen. Dazu gehört auch die Zerschlagung kleinerer Gruppierungen als „Extremisten“ und „Terroristen“. Es bleibt bitterer Fakt, dass die einflussreichste Organisation der Krimtataren sich heute in den Taschen des Kreml befindet.

In der Zwischenzeit haben sich Russlands Einheiten einen Namen gemacht, die „falsche Art“ von Muslimen zu erschnüffeln. Sie arbeiten offen oder verdeckt. Als V-Leute infiltrieren sie Moscheen, überwachen Predigten und zensurieren Bücher. Zur Unschädlichmachung von Unliebsamen reicht, dass in ihrer Nähe angeblich Broschüren der radikalen Hizb At-Tahrir gefunden wurden.

Die einstigen Bindungen der verbliebenen Krimtataren in die Türkei wurden durch Beziehungen zu Russland ersetzt. Heute studieren 70 Studenten am Russisch-Islamischen Institut. Die Teilnahme religiöser Würdenträger an Treffen in der Russischen Föderation dokumentiert, wie pro-russische Einstellungen unter den Krimtataren Form annehmen. So warnte der DUMKiS-Rat Anfang Januar 2016 davor, sich militärischen Einheiten der Ukraine anzuschließen. Über die russischen Streitkräfte ließ er nichts verlauten. Aktivisten wie Djemilev und Chubarov verurteilten die „Kollaboration mit den Besatzern“, aber ihre Erklärungen hatten geringe Wirkung.

Die Krimtataren auf dem Festland befinden sich in einer anderen Lage. Es lässt sich schwer sagen, wie viele die Halbinsel bis zum letzten Jahr verlassen haben. Aktivisten und Mejlis-Mitglieder bezifferten ihre Menge auf 15-30.000 Menschen. Trotz eines Mangels an belastbaren Statistiken ist davon auszugehen, dass die Auswanderer praktizierende Muslime sind. Die meisten schlossen sich bestehenden ukrainischen Organisationen und Strukturen an.

Den Mejlis-Führern und vielen anderen krimtatarischen Aktivisten war bewusst, dass ihnen jegliche spirituelle Repräsentation in internationalen Kreisen entzogen wurde. Wie sollen sie die religiösen Rechte der Muslime auf der Krim verteidigen, wenn DUMKiS die Existenz von Rechtsbrüchen leugnet? Im Herbst 2015 kam es zu Diskussionen um die Gründung eines „alternativen Muftiats“. Djemilev und andere sahen darin eine Möglichkeit, gegen die Kollaborateure in der DUMKiS vorzugehen. Wie zu erwarten war, behinderten Differenzen unter muslimischen Organisationen das Vorhaben. Keine war bereit, ihre „Souveränität“ aufzugeben.

Schlussendlich wandte sich die Diskussion einer Art von „Gelehrtenrat“ zu, die aus krimtatarischen Vertretern bestehen sollte. Allerdings wurde aus diesem Projekt auch nichts. Einer der Gründe ist, dass der Rest der muslimischen Organisationen in der Ukraine multinational ist. Im Gegensatz dazu hat die DUMKiS eine einheitliche ethnische Basis. Der Aufbau eines alternativen Muftiats hätte es nötig gemacht, die verschiedensten Organisationen unter ein Dach zu bringen. Das schien ziemlich unmöglich zu sein. Daher befinden sich die Muslime der Ukraine in der Lage, dass die gegenwärtige, pro-ukrainische Bewegung der Krimtataren keinen religiösen Flügel hat.

Der jetzige DUMKiS-Mufti, Emirali Ablayev, ist formal immer noch Mitglied des Mejlis. Eine Organisation, die der „Oberste Rat der Republik Krim“ als extremistische Vereinigung einstufte. Da er aber durch den Kurultai, den Gesamtkongress aller krimtatarischen Vertreter gewählt wurde, kann er nicht ausgeschlossen werden.

Im Gegensatz zur ethnischen Basis der Krimtataren haben die ukrainischen Muslime ein anderes Selbstverständnis. Ihr Glaube war eine Entscheidung, keine Religion, die sie geerbt haben. Wie einer der muslimischen Führer, UMMA-Mufti Sayid Ismailov, sagte, bestehe das Gesicht des einheimischen Islam der Ukraine aus zwei Gruppen: ukrainischen und krimtatarischen Muslimen. Auch wenn sich diese Aussage nicht verallgemeinern lässt, ist der Trend deutlich. In immer mehr religiösen Gemeinschaften übernehmen „neue Muslime“ Funktionen und leiten die Freitagsgebete.

Angesichts der Unterschiede unter den größeren muslimischen Einrichtungen in der Ukraine ist es möglich, dass das Spielen der ethnischen Karte destruktiv werden kann. Dagegen hilft nur ein aktiver innermuslimischer Dialog. Die Krimtataren sind in der Lage, die Gruppe zu werden, die innerhalb der muslimischen Gemeinschaft als verbindendes Element wirkt. Ansonsten droht die Gefahr, dass es in der Ukraine und auf der Krim zu einer paradoxen Lage kommt: Auf der Halbinsel droht ein Prozess der rigiden Zentralisierung, während Zentrifugalkräfte auf dem ukrainischen Festland zur Fragmentierung führen könnten.

SCHWEDEN

Tödlicher Anschlag in schwedischer Hauptstadt

BRÜSSEL (KUNA). Am 7. April raste ein LKW in das Gebäude eines Stockholmer Kaufhauses. Nach Medienberichten kamen vier Unbeteiligte dabei ums Leben, 15 weitere Menschen sollen teils schwer verletzt worden sein. Das Fahrzeug wurde zuvor von seinem Parkplatz entführt. Der anfängliche Verdacht eines Terroranschlags hat sich bestätigt. Tage später gestand ein festgenommener Usbeke die Tat. Nach Medienberichten sollte der vierfache Familienvater, der seit Anfang 2002 in Schweden lebt, Sympathien für die Terrormiliz Daesh haben. Die Organisation der Islamischen Zusammenarbeit (OIC) verurteilte den Anschlag in eindeutiger Sprache und sagte, sie stelle sich mit ihrer Erklärung auf die Seite Schwedens und seiner Bevölkerung. OIC-Generalsekretär Al-Othaimeen zeigte sich „schockiert“ von der Untat des usbekischen Einwanderers.

SYRIEN

Nach Gasangriff: Stimmen für Maßnahmen

BERLIN (KNA). Nach dem mutmaßlichen Giftgas-Angriff in Syrien hat Bundesaußenminister Sigmar Gabriel eine Bestrafung des Assad-Regimes gefordert. Papst Franziskus und internationale Hilfsorganisationen zeigten sich entsetzt über den Angriff auf Zivilisten in der nordwestlichen Provinz Idlib. Am Rande einer Geberkonferenz in Brüssel sagte Gabriel: „Der Giftgasangriff in Syrien ist ein barbarisches Kriegsverbrechen. Die Verantwortlichen des Assad-Regimes müssen für diese Barbarei zur Verantwortung gezogen werden.“ Es dürfe „keine Kumpanei mit dem Assad-Regime geben – auch nicht im Kampf gegen die Terroristen des sogenannten Islamischen Staates“. Der politische Prozess für eine neue Verfassung, freie Wahlen und eine demokratische Beendigung des Assad-Regimes seien Voraussetzungen für eine dauerhafte Befriedung der Region. Auch das UN-Kinderhilfswerk Unicef und die Hilfsorganisation Care äußerten sich schockiert. Die Bilder von Kindern, die im von Rebellen kontrollierten Chan Scheichun offenbar in Folge von Gaseinsatz erstickten und starben, seien „schrecklich und herzzerreißend“, sagte Unicef-Direktor Anthony Lake. Amnesty International forderte ein entschiedenes Handeln des Weltsicherheitsrates.

UKRAINE

Krim: Moskau muss Diskriminierung stoppen

DEN HAAG (Agenturen). Der Internationale Gerichtshof im niederländischen Den Haag hat die russische Regierung und ihre lokalen Vertreter dazu verurteilt, die Diskriminierung und den Rassismus gegenüber den auf der Krim lebenden Tataren und Ukrainern zu beenden. Diese Volksgruppen hätten einen Rechtsanspruch auf Selbstorganisationen und Angebote wie muttersprachlichen Unterricht an Schulen. Damit gab das höchste Gericht der Vereinten Nationen teilweise einer Klage der Ukraine statt.

ZAR

Krise: Viele Schulen sind durch Milizen besetzt

BANGUI (KNA). Durch militärische Nutzung von Schulen erhalten Tausende Schüler in der Zentralafrikanischen Republik keinen Unterricht mehr, so die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW). Demnach haben Milizen Schulen geplündert, zerstört und Lehrer misshandelt. „In vielen Teilen Zentralafrikas haben Kinder mehrere Jahre Bildung verloren, da Bewaffnete ihre Schulen nicht als Lernplätze und sichere Unterkünfte für Kinder behandeln“, wird HRW-Afrikaexperte Mudge zitiert.